

**Antrag**

Hannover, den 14.08.2018

Fraktion der SPD  
Fraktion der CDU**Hausärztliche Versorgung flächendeckend in Niedersachsen sicherstellen**

Der Landtag wolle beschließen:

## EntschlieÙung

Der Landtag stellt fest:

Eine wohnortnahe, qualitativ hochwertige medizinische Versorgung muss ein wichtiges Ziel der Gesundheitspolitik sein. Um einem Mangel an Haus- und Fachärztinnen und -ärzten vor allem im ländlichen Bereich vorzubeugen, müssen rechtzeitig Maßnahmen ergriffen werden.

Deshalb fordert der Landtag die Landesregierung auf,

1. den Ausbau der Studienplätze für Medizin zügig voranzutreiben,
2. durch die verstärkte Kooperation mit Kliniken in Niedersachsen mehr Studienplätze im Bereich der klinischen Ausbildung zu schaffen,
3. darauf hinzuwirken, dass im klinischen Semester über das Land verteilt weiterhin die Ausbildung erfolgt,
4. Ausbildungsphasen in den Arztpraxen verstärkt zu ermöglichen. Der longitudinale Aufbau der allgemeinmedizinischen Lehrveranstaltungen soll im Medizinstudium verankert werden durch z. B. regelmäßig wiederkehrende Hospitationen in allgemeinmedizinischen Praxen von Beginn des Medizinstudiums an, durch die Ableistung von Praktika in der hausärztlichen Versorgung und bei Fachärztinnen und -ärzten - bevorzugt in ländlichen Regionen.
5. darauf hinzuwirken, dass ein Modell „Hausärztliche Versorgung“ in der KVN geschaffen wird, in dem (Nachwuchs-)Ärztinnen und Ärzte beim Übergang vom Studium zur Weiterbildung und von der Weiterbildung zur Niederlassung begleitet und unterstützt werden,
6. die Maßnahmen zur flächendeckenden Versorgung mit Hausärztinnen und -ärzten in Zusammenarbeit mit der Kassenärztlichen Vereinigung weiterzuentwickeln, beispielsweise die Gründung von Behandlungseinrichtungen zu unterstützen, in denen in kooperativer Berufsausübung Arbeitsmöglichkeiten für junge Medizinerinnen und Mediziner geschaffen werden. Hierzu gehören sowohl Berufsausbildungsgemeinschaften als auch alle rechtlich zulässigen Formen der Kooperation. Dabei sollen die Erfahrungen anderer Bundesländer mit entsprechenden Förderprogrammen einbezogen werden.
7. die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch die Förderung von Betreuungsmöglichkeiten für Kinder weiter zu verbessern,
8. die kommunalen ÖPNV-Aufgabenträger im ländlichen Raum dabei zu unterstützen, dass verstärkt bedarfsgerechte Mobilitätsleistungen angeboten werden, die auch Arztpraxen und die Standorte zur medizinischen Versorgung berücksichtigen. Dabei ist eine Bündelung von Daseinsvorsorgeeinrichtungen in Orten wünschenswert.
9. darauf hinzuwirken, dass eine dem Flächenland Niedersachsen angemessene Bedarfsplanung für die Niederlassung von Ärztinnen und Ärzten realisiert werden kann, um Fahrtwege zumutbar zu halten,

10. den Einsatz von Versorgungsassistentinnen und -assistenten in Hausarztpraxen und die verstärkte Zusammenarbeit mit Pflegediensten einschließlich der Substitution von Tätigkeiten zu fördern,
11. sich für die Förderung von Techniken zur Entlastung und Unterstützung von Hausärztinnen und Hausärzten und anderen an der Versorgung beteiligten Berufsgruppen einzusetzen,
12. sich für die Ausweitung der Telemedizin zu engagieren, die infrastrukturellen Voraussetzungen (u. a. Breitbandausbau) zur Nutzung der Telemedizin zu schaffen, Fördermöglichkeiten für die Telemedizin zu entwickeln und sich dafür einzusetzen, dass das Fernbehandlungs- und Verschreibungsverbot in geeigneter Weise modifiziert wird.

#### Begründung

Der demografische Wandel führt zu einem Anstieg des Anteils älterer Menschen an der Bevölkerung. Diese Personen sind vor allem aufgrund chronischer Krankheiten verstärkt auf Ärztinnen und Ärzte angewiesen. Gleichzeitig werden altersbedingt in den kommenden Jahren viele Ärztinnen und Ärzte aus dem Berufsleben ausscheiden. Deshalb ist es wichtig, ausreichend Ärztinnen und Ärzte auszubilden und ihnen frühzeitig während des Studiums die interessanten Perspektiven in einer Praxis zu vermitteln. Anreize, Entlastungen und Bürokratieabbau sollen diese Maßnahmen zur Sicherstellung einer wohnortnahen Versorgung unterstützen. Es ist sinnvoll, den in Erarbeitung befindlichen Daseinsvorsorgeatlas Niedersachsen als Planungsgrundlage für mögliche weitere Maßnahmen hinzuzuziehen.

Für die Fraktion der SPD

Johanne Modder  
Fraktionsvorsitzende

Für die Fraktion der CDU

Jens Nacke  
Parlamentarischer Geschäftsführer